

Studie: Schüler wollen mitbestimmen, kennen aber Möglichkeiten nicht

Rosa Winkler-Hermaden, 11. Oktober 2012, 10:22



foto: apa/schlager

Knapp 40 Prozent wissen nicht, ob es an ihrer Schule ein Schülerparlament gibt. "Das sind alarmierende Ergebnisse", sagt Daniela Wetzelhütter.

Wie demokratisch ist das System Schule? Eine Linzer Wissenschaftlerin sieht teils "alarmierende Ergebnisse"

Geheime oder offene Wahl? Wie der Klassensprecher zu Beginn eines Schuljahres gewählt wird, ist nicht festgelegt. Fest steht, dass 98 Prozent aller Schüler bekannt ist, dass es einen Klassensprecher gibt. Er ist der Vertreter einer Klasse und soll die Anliegen der Schüler nach außen kommunizieren, etwa als Vermittler bei Konflikten mit Lehrern.

Der Klassensprecher ist aber nur eine der Möglichkeiten für Schüler, sich in ihrer Schule einzumischen. Welchen Einfluss die Schüler konkret haben und wie sehr sie die Schule mitgestalten können, hat nun ein Linzer Forscherteam im Rahmen eines "[Sparkling-Science](#)"-Projekts untersucht, an dem auch Schüler mitarbeiteten.

Mitbestimmung "kaum erforscht"

"Wir wollten die erlebte Mitbestimmung aus der Perspektive der SchülerInnen erfassen, weil das bisher kaum oder ganz wenig erforscht ist", sagt Daniela Wetzelhütter vom Institut für Soziologie der Johannes-Kepler-Uni in Linz. Österreichweit haben die Forscher mehr als 4.000 Schüler in 127 Schulen befragt. Das Resultat: Es gebe verschiedene Mitbestimmungsmöglichkeiten im Schulalltag. "Es ist aber herausgekommen, dass sie kaum mitbestimmen können."

Für Wetzelhütter stehen die Ergebnisse stark im Widerspruch mit den gesetzlichen Gegebenheiten. Es sei verwunderlich, dass die Schüler der Meinung sind, sie können nicht mitgestalten. Denn tatsächlich hätten sie die Möglichkeit, etwa über die Schülervertretung

ihre Meinung zu sagen und Interessen zu verfolgen. Dabei geht es etwa um Fragen des Schulbudgets und der Raumgestaltung.

Trotzdem gaben 85 Prozent der Schüler an, bei der Auswahl der Schulbücher nicht mitbestimmen zu dürfen. 50 Prozent sagten, dass sie gelegentlich bei den Unterrichtsmethoden mitsprechen dürfen. Ebenfalls nur gelegentlich fühlen sich die Schüler einbezogen, wenn es um die Auswahl der Unterrichtsinhalte geht.

Schlechter Informationsstand

Viele SchülerInnen wissen über ihre Mitsprachemöglichkeiten einfach zu wenig Bescheid, sagt Wetzelhütter. "Ihr Informationsstand ist teilweise sehr schlecht." Schüler kennen zwar informelle Strukturen wie Klassensprecherwahlen und Besprechungen mit dem Klassenvorstand, nicht aber Organe wie den Schulgemeinschaftsausschuss. Dabei sei dieser an allen mittleren und höheren Schulen verpflichtend, man könne sich also erwarten, dass ihn jeder kennt. "Aber es waren dann doch fast ein Drittel der Schüler, die nicht wussten, dass es ihn gibt."

Knapp 40 Prozent wissen nicht, ob es an ihrer Schule ein Schülerparlament gibt, das die Schüler aus eigener Initiative einrichten können. Wetzelhütter: "Das sind alarmierende Ergebnisse, würde ich sagen."

Die Sozialwissenschaftlerin sieht das Problem im Informationsfluss: "Die SchülerInnen müssen besser informiert werden. In der Schule hängt es oft von einzelnen Personen ab, ob der Schüler informiert wird oder nicht."

Der Mitsprachewille der Schüler sei jedenfalls vorhanden, sagt Wetzelhütter. 70 Prozent gaben an, sich an Projekten beteiligen zu wollen. Das Interesse wird bei den formalen Mitbestimmungsstrukturen jedoch geringer. Nur eine geringe Zahl gab an, an einer Sitzung des Schulgemeinschaftsausschusses teilnehmen zu wollen.

Beteiligungsmöglichkeiten besser kommunizieren

Doch woran liegt das? Wetzelhütter: "Die SchülerInnen wissen nicht, welche teilweise sehr wichtigen Entscheidungen hier getroffen werden." Im Schulgemeinschaftsausschuss sitzen auch Lehrer- und Elternvertreter und diskutieren Fragen, die den Unterricht betreffen. Auch Entscheidungen über Unterrichtsmittel, etwa die Schulbücher, trifft der Ausschuss. Ebenso diskutiert er, wie Budgetmittel verwendet werden, und beschließt bauliche Maßnahmen.

Wetzelhütter fordert daher, dass Beteiligungsmöglichkeiten besser kommuniziert werden. "Zur Demokratisierung würde es beitragen, wenn wir alle SchülerInnen auf denselben Informationsstand bringen." Sie lobt Schulen, die Informationen auf der Homepage oder am Schwarzen Brett zur Verfügung stellen.

Wetzelhütter fordert zudem, dass das Unterrichtsfach Politische Bildung ausgebaut wird. "Man sollte die Elemente der Mitbestimmung durchgehen, so dass die Schüler das Gelernte in der Praxis anwenden können." Zum Beispiel bei der Klassen- oder der Schulsprecherwahl, die man auch im Unterricht thematisieren sollte. (Rosa Winkler-Hermaden, derStandard.at, 11.10.2012)

Daniela Wetzelhütter, geboren 1977 in Linz, arbeitet am Institut für Soziologie an der Universität Linz in der Abteilung für Empirische Sozialforschung.